

BILANZ

2017-2021

Matthias W.
Birkwald MdB



DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Ein Blick zurück, zwei Schritte vorwärts

Matthias W.
Birkwald über
seine Aufgaben
und Projekte im
Bundestag

Für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit!

Liebe Leserin, lieber Leser,

gemeinsam mit Ihnen, Dir und Euch und einer starken Linksfraktion im Deutschen Bundestag will ich weiterhin Stärke zeigen für Gute Arbeit, Gute Löhne und - mir persönlich besonders wichtig - Gute Renten!

Eine Frage ist gerade jetzt aktuell: In welcher Gesellschaft wollen wir nach der Pandemie leben? Ich sage: In einer solidarischen Gesellschaft geht es besser. Ich kämpfe für eine Vermögensabgabe für die superreichen Profiteur:innene der Krise und für nachhaltige Investitionen in Krankenhäuser, Schulen, Kitas, für bezahlbaren Wohnraum und für eine soziale und ökologische Gesellschaft.

Eine Gesellschaft, in der die Einen im Champagner baden, und die Anderen sich gezwungen sehen, in Mülltonnen nach Pfandflaschen suchen zu müssen, zerstört die Grundlagen unserer Demokratie. Das sei all Jenen ins Stammbuch geschrieben, die sich national überheben und sich als Alternative dünken. Sie sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Weltoffen und der Zukunft zugewandt - das ist das Angebot der LINKEN und es ist auch mein Angebot.

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, hat völlig Recht, wenn er sagt: „Wir brauchen soziale und solidarische Antworten gegen die Spaltung in Arm und Reich.“ Dafür will ich auch weiterhin kämpfen!

DIE LINKE im Bundestag will auch in den kommenden Monaten den Grund-

stein für eine Zukunft legen, die nicht von Markt und Profit bestimmt wird. Eine Gesellschaft, in der Gesundheit, Pflege und Wohnen nach Bedarf und Gemeinwohl organisiert werden. In der wir die Arbeit so gestalten und verteilen, dass sie zum Leben passt und die Löhne für ein gutes Leben reichen. Eine Gesellschaft, in der Alle genug haben, um ein Leben in Würde und Respekt führen zu können und niemand Angst vor Altersarmut haben muss. Eine Gesellschaft, in der die gesetzliche Rente zum Leben reicht und den einmal in einem langen Berufsleben erreichten Lebensstandard endlich im Alter wieder sichert. In der der öffentliche Nahverkehr gut ausgebaut und fahrscheinlos sein und das Klima schonen möge. Gemeinsam können wir das Land verändern! Wenn wir Vielen
u n s

nicht spalten lassen und für eine demokratische Politik eintreten, die dem Gemeinwohl dient, statt den Wenigen ganz Oben.

Auf den folgenden Seiten ziehe ich Bilanz meiner Arbeit im Deutschen Bundestag in der 19. Legislaturperiode und lege Rechenschaft über meine außerparlamentarischen Aktivitäten als Bundestagsabgeordneter ab. Alles ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit.

Und ich gebe einen Ausblick auf die Herausforderungen der 20. Wahlperiode.

Denn auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft gibt es noch viel zu tun.

Sehr viel!

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen,

Ihr, Dein und Euer

Matthias W. Birkwald MdB

ZU MEINER WEBSEITE:

<https://www.matthias-w-birkwald.de/>

- * Infos zur parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit
- * Hinweise auf alle meine öffentlichen Termine
- * Fotos meiner Aktionen, Videos meiner Reden
- * Newsletter



RENTE

DAMIT DIE RENTE GUT UND SICHER WIRD!

Wo, wann und wie
ich im Bundestag
2017-2021 dafür
gestritten habe

DIE LINKE wird weiter gegen Altersarmut und für gute Renten kämpfen!

Die derzeit in Deutschland durchschnittlich ausgezahlte gesetzliche Rente von 1048 Euro ist viel zu niedrig! Fast 20 Prozent aller Senior:innen (65+) sind von Altersarmut betroffen und müssen von weniger als aktuell 1176 Euro netto im Monat leben. Jeder vierte auf eine Erwerbsminderungsrente angewiesene Mensch muss in Armut leben, nur weil sie oder er dauerhaft zu krank zum Arbeiten ist.

Darum muss der Kampf gegen Altersarmut und für gute Renten auch im 20. Bundestag im Zentrum der Arbeits-, Lohn und Rentenpolitik unserer Partei stehen!

Dafür stand ich bisher als unser rentenpolitischer Sprecher, als Obmann der Linksfraktion und als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Dafür stand ich auf fast 300 rentenpolitischen Vorträgen, Online-Veranstaltungen, Podien, auf Demonstrationen und als Ansprechpartner für Gewerkschaften und Sozialverbände, aber auch als Abgeordneter, der sich viel Zeit nimmt für die zahlreichen E-Mails, Briefe und Anrufe von Bürger:innen. Ich nehme ihre Sorgen rund um ihre Alterssicherung ernst und werde sie auch künftig weiter ins Parlament tragen.

Besonders chronische Kranke wenden sich mit ihren Problemen rund um die **Erwerbsminderungsrente** oft an mich. Gerade am Beginn ihrer Erkrankung werden sie oft zwischen



medizinischen Gutachten, ihren Chef:innen oder Jobcentern, zwischen Reha und Rentenanspruch aufgerieben und wenn sie dann endlich eine befristete Rente erhalten, ist die meist erschreckend niedrig.

Deshalb haben wir gleich zu Beginn der 19. Legislaturperiode Druck aufgebaut mit einem Antrag und einer Bundestagsdebatte und waren erfolgreich. Das Reformgesetz der Bundesregierung

von 2018 ließ durchschnittliche neue EM-Renten im darauffolgenden Jahr um 71 Euro ansteigen, aber damit liegen viel zu viele Betroffene immer noch weit unter der Sozialhilfeschwelle und sind schon gar nicht vor Armut geschützt! Und ein Skandal bleibt bis heute, dass von den Reformen ältere EM-Rentner:innen gar nicht profitieren. Deshalb bleibt unsere Forderung aktuell: Wer krank wird, darf nicht

arm werden! Die Abschlüge der Älteren müssen gestrichen werden. (Oder es muss eine wirkungsgleiche Regelung gefunden werden.) Der Sozialverband VdK hat es geschafft, eine Klage gegen diese Gesetzeslücke bis vors Bundessozialgericht zu bringen. Ich erwarte noch in diesem Jahr das Urteil und werde dann sofort anschließend im Bundestag aktiv werden.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialverbänden für gute Löhne und eine gute Rente kämpfen, die für mehr als zum Leben reichen

Dank einer starken LINKEN im Bundestag konnte der Sinkflug des Rentenniveaus bei 48 Prozent gestoppt werden. Wir sind es, die die SPD im Bundestag zum Handeln drängt, wir sind es, die dem ständigen Sperrfeuer der Union gegen jede noch so kleine soziale Verbesserung offen entgegenreten. Wir sind es, die das frauen- und altenfeindliche rentenpolitische Programm der AfD als Erste kritisiert haben und die Aktienrente der FDP als massives Rentenkürzungsprogramm entlarven.

Wir sind deshalb ein verlässlicher Partner für Gewerkschaften und Sozialverbände. Unser gemeinsames Hauptziel lautet: Der Niedergang des

Rentenniveaus darf nicht nur gestoppt werden, sondern es muss dringend wieder rauf auf mindestens 53 Prozent. Dort lag es, bevor Gerhard Schröder (SPD) und Joschka Fischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) es gemeinsam mit Walter Riester (SPD) in den Sinkflug schickten. Und 53 Prozent sind finanzierbar: Aktuell wäre dieses lebensstandardsichernde Rentenniveau mit einer moderaten Beitragssatzerhöhung von 18,6 auf 20,4 Prozent zu finanzieren. Für Durchschnittsverdienende wären das derzeit gut 33,50 Euro mehr im Monat. Und für ihren Chef oder ihre Chefin ebenso. Der Beitragssatz liegt aktuell historisch niedrig und das bei immer mehr Rentnerinnen und Rentnern und einer gestiegenen Lebenserwartung. Deutschland gibt heute nur bescheidene 9,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Alterssicherung aus. Das muss sich jetzt endlich ändern! In der rentenpolitischen Vorzeigerepublik Österreich sind es sogar 12,6 Prozent! Die Rentnerinnen und Rentner verdienen nach der Nullrunde in diesem Jahr zukünftig mehr vom Kuchen.

Dafür sollte unsere Partei im Wahlkampf eintreten und gemeinsam mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern auf die Straße gehen und eng mit den Sozialverbänden zusam-

menarbeiten, die tagtäglich mit Betroffenen um ihre Rechte ringen und ihnen auch im 20. Bundestag eine deutliche Stimme geben.

Keine gute Rente ohne gute Löhne

Wir werden uns nicht mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 9,60 Euro oder 10,45 Euro zufriedengeben, sondern wir kämpfen gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialverbänden für einen gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro, damit niemand mehr im Alter aufs Sozialamt gehen muss. Wir geben damit den Ton in der Debatte an. Immer wieder stelle ich deshalb mit meinen Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion der Bundesregierung die gleiche Frage: Wie hoch muss der gesetzliche Mindestlohn sein, damit er nach einem langen Arbeitsleben (45 Jahre) davor schützt im Alter nicht auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen zu sein? Und die Antwort ist seit Kurzem immer die Gleiche: 13 Euro mindestens!

Aber welches Schicksal droht denjenigen Lieferbot:innen, Pflegekräften oder Leiharbeiter:innen, die noch zu einem zu

niedrigen oder ohne (gesetzlichen) Mindestlohn arbeiten mussten? Sie brauchen genauso wie Langzeiterwerbslose einen Rentenzuschlag („Rente nach Mindestentgeltpunkten“), damit sie nach 45 Jahren Niedriglohn mindestens eine Rente von 1200 Euro netto (in heutigen Werten) erhalten können. Das ist unsere Alternative zur Streichung der Rentenbeiträge für Hartz-IV-Betroffene und zur sogenannten „Grundrente“, die die Union brutal zusammengekürzt und verkompliziert hat. Wir LINKEN haben diese Debatte unter meiner Federführung angestoßen, wir haben die Regierung zu einem solchen Gesetz gedrängt, wir haben lautstark den mickrigen Kompromiss kritisiert und wir werden nicht locker lassen bis der Rentenzuschlag wirklich alle erreichen wird, die ihn brauchen.



Verlässlicher Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger: Doppelverbeitragung von Betriebsrenten massiv entschärft / Rentenbesteuerung im Bundestag

Gerade mein erfolgreicher Kampf gegen die doppelten und dreifachen Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten und Direktversicherungen, ist zu einem Markenzeichen der LINKEN geworden. Ende 2019 war ich sehr froh, dass die 15 Jahre währende Ungerechtigkeit der 2004 über Nacht eingeführten vollen Beitragsbelastung der Betriebsrenten und Direktversicherungen mit Krankenversicherungsbeiträgen endlich von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen anerkannt wurde. Die Bundesregierung hatte sich nach den drei Anträgen der LINKEN der Jahre 2015, 2017 und 2018, die mehrmals blockiert, verschoben und im Gesundheitsausschuss nicht aufgesetzt werden sollten, sowie nach drei öffentlichen Sachverständigenanhörungen und unzähligen Plenar- und Ausschussdebatten im Bundestag schlussendlich zu einer bescheidenen, aber zumindest für kleine und mittlere Betriebsrenten spürbaren, Entlastung von Krankenkassenbeiträgen durchgerungen.

Die langjährige Hartnäckigkeit der LINKEN im Bundestag und die enge

Zusammenarbeit mit den Betroffenen, die von mir auch immer auf die Tribüne der öffentlichen Sitzungen eingeladen wurden, um live dabei zu sein und den Verlauf der Debatten im Anschluss diskutieren zu können, hatte sich endlich ausgezahlt. Millionen Betriebsrentner:innen und Direktversicherte werden Jahr für Jahr um mehr als drei Milliarden Euro entlastet. Geld, das viele Ältere dringend brauchen. Das ist unser gemeinsamer Erfolg und es ist auch mein persönlicher Erfolg.

DIE LINKE gilt deshalb bei Millionen Versicherten und Rentner:innen als verlässliche und hartnäckige Mahnerin für mehr soziale Gerechtigkeit und für die Umverteilung von Oben nach Unten und wir haben gezeigt, dass sich ein jahrelanger Protest mit unzähligen Protestschreiben von Betroffenen und Veranstaltungen auszahlen kann, wenn er denn im Parlament ankommt und von der linken Opposition aufgegriffen und unterstützt wird.

Aber der Kampf ist noch nicht vorbei. Die Entlastung ist vor allem bei Älteren, deren Direktversicherung als Einmalbetrag schon ausgezahlt wurde, nicht angekommen. Deshalb führen wir jetzt schon Gespräche mit dem Verein der Direktversicherungsgeschädigten, um im Wahlkampf und

im 20. Deutschen Bundestag um weitere Verbesserungen zu kämpfen.

Renten gerecht besteuern, aber nicht doppelt

Und auch bei einem zweiten Thema, das viele Rentner:innen bewegt sind wir diejenigen, die die Debatte bestimmen und den Sorgen der Menschen eine Stimme im Parlament geben. Immer mehr Rentner:innen rutschen in die Steuerpflicht – oft im hohen Alter zu ersten Mal und die fühlen sich dabei ungerecht behandelt und überfordert. Menschen ohne weitere Einkünfte, die 2021 in Rente gehen, müssen auf eine gesetzliche Rente in Höhe von 1 200 Euro brutto zwar nur circa 2,33 Euro Steuern monatlich zahlen. Bei 1 400 Euro Rente sind es dann aber schon fast 25 Euro im Monat. Für Unionsabgeordnete mit Nebeneinkünften mag das nach wenig klingen, aber die Rentnerinnen und Rentner sind beunruhigt, vor Allem, weil es mit jeder Rentenerhöhung mehr wird.



»Statt jedes Jahr Milliarden Euro in die gescheiterte Riesterrente zu pumpen, müssen wir die gesetzliche Rente stärken. Dazu haben wir einen einfachen, transparenten und guten Vorschlag für all jene gemacht, die zusätzlich vorsorgen wollen und können und zwar *innerhalb* der gesetzlichen Rente.«



DIE LINKE. sagt: Niedrige Einkommen dürfen nicht besteuert werden, und erst recht nicht die von Rentner:innen. Der Grundfreibetrag muss für Alle von 9744 Euro auf 14400 Euro jährlich angehoben werden! Keine Steuern auf niedrige Einkommen und Renten!

In diesem Jahr wird der Bundesfinanzhof außerdem höchststrichterlich entscheiden, wie es mit der drohenden Doppelbesteuerung weitergeht. Deshalb haben wir bereits im Mai 2019 einen Antrag mit einem Sieben-Punkte-Programm gegen die *Doppelbesteuerung* der Renten vorgelegt.

Im Januar 2020 gab es zu unserem Antrag eine spannende öffentliche Anhörung von Sachverständigen und

Gewerkschaftsvertreter:innen. Deren Fazit: Ja es stimmt, durch die nachgelagerte Besteuerung werden viele der heute jungen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in Zukunft über ein ganzes Leben gesehen weniger Steuern gezahlt haben als ihre Eltern und das Problem der Doppelbesteuerung war bisher klein, aber es wird von Jahr zu Jahr größer. Das sagten fast alle ernst zu nehmenden Expertinnen und Experten.

In der Übergangsphase bis zum Jahr 2040 wird es aber oft zu einer Doppelbesteuerung kommen. Deswegen fordert DIE LINKE: Verlängern wir den Übergangszeitraum bis zur vollen Besteuerung der Renten vom Jahr 2040 bis zum Jahr 2070. Dann wäre

definitiv Schluss mit der *Doppelbesteuerung*.

Während sich die Bundesregierung bei diesem Thema seit mehr als 15 Jahren wegduckt, machen wir also ernst: Fakten zusammentragen, Expert:innenmeinungen einholen, aufklärende Pressearbeit - unter anderem bei Plusminus in der ARD - und einfache und realistische Lösungen im Sinne der Betroffenen vorschlagen und vor Allem: Nicht locker lassen!

Mehr Geld für Rentner:innen statt für die Finanzkonzerne

Statt jedes Jahr Milliarden Euro in die gescheiterte Riesterrente zu pumpen, müssen wir die gesetzliche Rente stärken. Dazu haben wir einen einfachen, transparenten und guten Vorschlag für all jene gemacht, die zusätzlich vorsorgen wollen und können und zwar *innerhalb* der gesetzlichen Rente. Wir stehen dazu in engem Austausch mit der IG Metall Niedersachsen, die darauf aufbauend schon entsprechende Tarifverträge abgeschlossen hat. Dort zahlen die Arbeitgeber:innen so viel freiwillige Zusatzbeiträge für ihre über 50jährigen Beschäftigten in körperlich schwer belasteten Berufen ein, damit diese später ohne Abschlüge und mit einem satten Rentenplus frühzeitig in Rente gehen können.

Erwerbstätigenversicherung bedeutet, dass alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden und entsprechend für alle Erwerbseinkommen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden müssen.

Ein Erfolgsmodell und eine gute Alternative zu Riester! Am 16. Dezember 2020 habe ich in der „Befragung der Bundeskanzlerin“ im Plenum des Deutschen Bundestages Dr. Angela Merkel zur besten Sendezeit mit dem Scheitern der Riesterrente und unserer Alternative konfrontiert. „Das Modell würde mich interessieren, damit werde ich mich beschäftigen“, versprach sie am Ende. Wir bleiben dran!

Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen - Bundestagsabgeordnete zuerst!

Der Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigen-

versicherung ist eines der zentralen Elemente der rentenpolitischen Reformpläne der LINKEN. Hier hat das SPD-geführte Ministerium für Arbeit und Soziales viel versprochen, aber nichts geliefert.

Erwerbstätigenversicherung bedeutet, dass alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden und entsprechend für alle Erwerbseinkommen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden müssen – auch für die der Selbstständigen, Freiberufler:innen, Beamt:innen, Manager:innen und Politiker:innen, egal, ob sie Abgeordnete, Minister:innen,

Staatssekretär:innen oder Bundeskanzler:in sind.

Aber wir gehen noch weiter: Sehr hohe Renten, zum Beispiel von Beamt:innen, sollten im höchsten verfassungsgemäß zulässigen Maße abgeflacht werden.

Und wir fangen bei uns selbst an: Politiker:innen müssen mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Daher habe ich gemeinsam mit meinem Fraktionschef Dietmar Bartsch und der gesamten Linksfraktion im vergangenen Jahr als ersten Schritt hin zur Erwerbstätigenversicherung den Antrag **„Bundestagsabgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung**



einbeziehen“ eingebracht und auch damit die nächste wichtige Debatte angestoßen.

Hierbei geht es um den Abbau von Privilegien bestimmter Gruppen, aber es geht auch um eine sichere Rente für Alle. Untersuchungen zur Erwerbstätigenversicherung zeigen, dass mit einer solchen Ausweitung die gesetzliche Rentenversicherung auch auf mittlere Sicht deutlich stabilisiert werden würde. Je nach Ausgestaltung und Zeitpunkt der Umstellung würde der Beitragssatz bis ins Jahr 2040 gegenüber aktuellen Kalkulationen sinken, das sogenannte Rentenniveau würde hingegen spürbar steigen. Für Arbeitnehmer:innen würde der Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung also eine höhere Rente bei einem niedrigen Beitragssatz bedeuten!

Wenn es am Ende nicht reicht: Solidarische Mindestrente statt Altersarmut

In meiner Heimatstadt Köln sind heute über acht Prozent, also jede und jeder Zwölfte, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen. In NRW nimmt Köln damit hinter Düsseldorf und noch vor Dortmund einen traurigen Spitzenplatz bei der Altersarmut ein. Außerdem wissen wir, dass gerade in

den vermeintlich reichen Städten viele Ältere aus Scham oder wegen einer angeblich „zu großen Wohnung“, die sie im Alter nicht verlassen wollen, die Grundsicherung im Alter gar nicht in Anspruch nehmen.

Das Problem ist also noch viel größer als es die offiziellen Zahlen zeigen. Deshalb brauchen wir einen Schutzschild gegen Altersarmut und DIE LINKE im Bundestag ist die einzige Fraktion, die hier ernst macht: Auch in den kommenden vier Jahren werden wir für eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische **Mindestrente** als Zuschlag streiten, so dass niemand im Alter von aktuell weniger als 1.200 Euro netto leben müsste. Aber solange wir keine bundesweite Mietbremse haben, muss auch das Wohngeld endlich vor Armut schützen!



FLUCHTLINGE

www.linkstraktion-koeln.de

DANK
FRANKFURT DER STADT

KONSEQUENT FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT!

Weg mit Hartz IV!

Seit 17 Jahren klafft in Deutschland eine Wunde im Sozialstaat: Hartz IV. Hartz IV wurde eingeführt, um einen Niedriglohnsektor in Deutschland zu schaffen. Mit der Angst vor Hartz IV werden alle Menschen dazu gedrängt, Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Die Hartz IV-Regelbedarfe und auch die Wohnkosten werden systematisch kleingerechnet und Leistungsbezieher:innen mit einem unwürdigen Sanktionsregime drangsaliert.

Dagegen kämpfen DIE LINKE und ich selbst im Arbeits- und Sozialausschuss seit fast zwei Jahrzehnten und in der Coronapandemie mussten wir noch härter kämpfen: Die pauschale Einmalzahlung von 150 Euro für die pandemiebedingten Mehrausgaben war und ist ein Skandal. Zusätzliche Kosten für Hygieneartikel, ausgefallene Schulverpflegung und Strom können aus dem viel zu niedrigen Regelbedarf nicht gedeckt werden.

Die Fraktion DIE LINKE fordert darum einen monatlichen Pandemiezuschlag für die Dauer der Pandemie von mindestens 100 Euro. Da nicht Arbeitslosengeld II-Beziehende von der Pandemie besonders schwer be-

troffen sind, will DIE LINKE den Pandemieaufschlag auch Sozialrentner:innen und Menschen mit geringen Einkommen gewähren.

Die GroKo hat im Februar mit den Stimmen von FDP und AfD den von uns geforderten monatlichen Pandemiezuschlag für Beziehende von geringen Einkommen, Sozialrentner:innen und Erwerbslosen für die Dauer der Pandemie abgelehnt. Wir werden nicht locker lassen! Ob die SPD sich zu einem vollständigen Abschied von Hartz IV durchzuringen vermag, bleibt offen, ist aber unwahrscheinlich. Eines aber ist klar: So lange die Union in der Bundesregierung sein wird, wird sie jede noch so kleine Reform blockieren, sei es in einer Koalition mit der SPD oder mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Lieferrn am Limit – In der Plattformökonomie darf es kein neues Tagelöhnerentum geben!

Seit Anfang 2018 habe ich die mutigen Betriebsratsgründer*innen bei den Lieferdiensten deliveroo, lieferando und foodora und ihrer Initiative „Lieferrn am Limit“ unterstützt und mit dafür gesorgt, dass der Kampf um gewerkschaftliche Rechte in der Platt-

formökonomie im Bundestag zur Sprache kommt. Über die Wirkung dieser Unterstützung berichtete auf dem Landesparteitag der LINKEN NRW am 01.12.2019 der leider viel zu früh verstorbene Keno Böhme als Projektsekretär der Gewerkschaft ngg für „Lieferrn am Limit“ über diese Zusammenarbeit:

„Mit einer feurigen „Jetzt erst Recht!“-Mentalität durchstanden wir Arbeitsphasen von bis zu 70 Wochenstunden – pro Nase – und das wohl auch deshalb, weil uns nur vier Wochen nach unserer Gründung eine Solidaritätsbekundung aus dem Bundestag erreichte. Und ich muss gestehen, als einfache neun-Euro-Rider, sachgrundlos befristet, die Spielball des Kapitals waren, kann ich diese überwältigenden Emotionen bis heute nicht in Worte fassen. Denn dieser Brief machte etwas mit uns. Er bestätigte uns in unserer Arbeit

und attestierte uns vor allem auch: Wir sehen Euch!

An dieser Stelle gilt unser besonderer Dank Matthias W. Birkwald, der

uns von Anfang an begleitete und auch in unserem Namen als erster Kleine Anfragen im Bundestag stellte. Die Frage „Wer wir sind“ haben wir uns inzwischen beantworten können. Wir sind Kämpferinnen und Kämpfer, zwischen 18 und knapp 60 Jahren alt, wir haben Akademikerinnen und einfache Arbeiter in unseren Reihen.“

Am 1. Mai 2018 konnte ich den Vertreter:innen der Initiative zur Verleihung des Hans-Böckler-Preises des DGB Köln (Foto) gratulieren.

Es gäbe noch Vieles zu berichten. Vom spannenden Kampf gegen Kriegsofferleistungen für ehemalige Waffen-SS-Freiwillige oder gegen das Unrecht der Rentenkürzungen der DDR-Aussiedler:innen und der jüdischen Kontingentflüchtlinge, für eine gerechte sogenannte Mütter- (und Väter-)rente und eine rentenrechtliche Absicherung der arbeitenden Strafgefangenen, bessere Renten für pflegende Angehörige und und und...



VORWORT KÖLN

Solidarität statt Spaltung ist unsere LINKE Antwort auf die gesellschaftlichen Krisen.

Solidarität statt Spaltung ist auch die Leitlinie meiner Arbeit vor Ort.

#Unteilbar zusammen gehört dabei mein aktiver Einsatz an der Seite der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und Betriebsräte und eine beharrliche gute parlamentarische Arbeit im Bundestag, genauso wie der Kampf für Gute Arbeit und gegen die Kohleverstromung bis 2038. Ich engagiere mich für soziale Gerechtigkeit und gegen Rassismus und kämpfe auf der Straße und im Parlament für die Umverteilung von Oben nach Unten und beispielsweise gegen die Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeheimen.

In Aktion:

So habe ich gemeinsam mit Dir und Euch im Hambacher Forst an

der Seite der Umweltaktivist:innen für den Kohleausstieg demonstriert, bei den Demonstrationen der „Seebrücke“ Solidarität mit Geflüchteten gezeigt, mit „Köln zeigt Haltung“ gegen Rassismus und mit „Köln stellt sich quer“ gegen die AfD protestiert.

Im Kampf um gute Arbeit und gute Löhne habe ich die Fahrradkuriere von deliveroo, Foodora und Lieferando mit ihrer Initiative „Liefer am Limit“ bei der Gründung von Betriebsräten unterstützt und ihre Forderungen nach Mitbestimmung und guter Arbeit in der Plattformökonomie in den Bundestag getragen. Mit einem Solidaritätsbesuch unterstützte ich u.a. die Beschäftigten der Bodenverkehrsdienste am Flughafen Köln/Bonn im Kampf gegen die Tariffucht ihres öffentlichen Arbeitgebers, die Kolleg:innen von Amazon in Rheinberg und gerade erst gemeinsam mit den Genoss:innen aus dem Rheinisch-



Bergischen Kreis den Betriebsrat von Zanders Paper GmbH in Bergisch-Gladbach in ihrem Kampf um den Erhalt ihrer noch verbliebenen 380 industriellen Arbeitsplätze.

Zudem unterstützte ich meine Gewerkschaft, die IG Metall, ver.di und die IG Bau in den Tarifrunden der Metallindustrie, des Einzelhandels und des öffentlichen Dienstes, im Bauhauptgewerbe und der Gebäudereiniger:innen.

Mit dem DGB und der Friedensbewegung demonstrierte ich gegen steigende Rüstungsausgaben und selbstverständlich am 1. Mai.

Neun der elf Kölner Bundestagsabgeordneten demonstrierten auf mei-

ne Initiative hin gegen den Einmarsch der Türkei in Nordsyrien, und ich unterstützte die HDP und die Demokratiebewegung in der Türkei. Ich war gegen Wohnungsnot und solidarisch an der Seite der Obdachlosen auf der Straße, unter anderem bei der Winterhilfe in Köln und bei „Recht auf Stadt“! Für sexuelle Selbstbestimmung verteilte ich auf den CSDs in Köln tausende Folder. Mit den engagierten Betriebsrentner:innen des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten brachte ich bei einem Kölnbesuch von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auch ein wichtiges Thema meiner rentenpolitischen Arbeit auf der Straße lautstark zur Sprache.

Meine Arbeit als politischer Gastgeber:

Als im Sommer 2018 die rassistische Hetze der AfD und Bundesminister Seehofers Forderungen nach einer immer ausgrenzenderen Flüchtlingspolitik das gesellschaftliche Klima anheizten, habe ich mit dem LINKEN Südstadtsprechern Mut zur Menschlichkeit - Solidarität statt Spaltung! mit unserer Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, Pfarrer Hans Mörtter von der Lutherkirche und Dr. Wolfgang Uellenberg von Dawen vom „Kölner Runden Tisch für Integration“ mit dazu beigetragen, dass in Köln und andernorts gemeinsam mit den Aktionen der „Seebrücke“ und von #unteilbar diese Entwicklung gestoppt werden konnte.

In mein Kölner Wahlkreisbüro lud ich zu elf LINKEN Feierabendtalks und einem Fachgespräch zum Kohleausstieg ein. Dabei durfte ich u.a. Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Dieter



Kolsch und Kerstin D. Klein, Erster und Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Köln, und die Vorsitzende unserer LINKEN Bundestagsfraktion, Amira Mohamed Ali, als Gäste zwische Salzgebäck und Bier begrüßen. Dabei durfte ich mich über die mehr als 333 Teilnehmenden freuen, darunter auch viele Genoss:innen aus der Region.

Mein Bürger:innenbüro in Erftstadt-Liblar im Rhein-Erft-Kreis, meinem „Betreuungswahlkreis“, befindet sich gemeinsam mit Räumen



des LINKEN Kreisverbandes und der LINKEN Kreistagsfraktion unter einem Dach. Dort waren unter anderem unser Europaabgeordneter Dr. Martin Schirdewan und meine Fraktionskolleginnen Sevim Dagdelen und Pia Zimmermann zu Gast. Ich unterstütze den Kreisverband regelmäßig bei seinen Arbeitnehmer:innenempfangen am Vorabend des ersten Mai als Redner und freute mich als Gast bei dieser Gelegenheit über eine kämpferische Rede meines Kollegen Klaus Ernst. An den Neumitgliederempfangen des KV Rhein-Erft nahm ich immer wieder gerne aktiv teil.

Zu meinen Wahlkreisfahrten nach Berlin habe ich Aktivist:innen der LAG queer ebenso eingeladen wie von der NAK unterstützte Armutsbetroffene aus ganz NRW, alevitische Frauenvereine ebenso wie den Arbeitskreis Senioren der Kölner IG Metall und selbstverständlich auch Neumitglieder und Wahlkampfaktivisten. Ihnen allen habe ich das Reichstagsgebäude gezeigt und über meine politische Arbeit im Bundestag berichtet. Und für die Zeit nach Corona freue ich mich auf ähnlich

vielfältige Gespräche und auch wieder auf die Besuche der Schüler:innen aus Köln und ganz NRW. Im Gespräch in NRW und der ganzen Republik:

Von Aachen bis Lippstadt habe ich meinen Rentenvortrag „Statt Altersarmut: Renten rauf!“ seit 2014 allein in NRW 36 Mal gehalten und dabei in 25 Kreisverbänden, einem rls-club und zwei alevitischen Gemeinden in Köln mehr als 800 Genoss:innen und Interessent:innen erreicht.

51 Mal war ich damit bei Genoss:innen in allen 16 Bundesländern vor Ort und habe Fachbeiträge auf 22 weiteren Veranstaltungen unserer Partei und ihrer kommunalen Fraktionen gehalten, zeigte Präsenz auch beim Seniorentag in Dortmund. Bei coronabedingt nur 20 Veranstaltungen in NRW, davon sieben in Köln vom Berufskolleg bis zur queeren Szenekneipe habe ich unsere Partei bei Podiumsdiskussionen vertreten, jüngst auch virtuell beim DGB-Zukunftsdialog mit Anja Piel, Mitglied des DGB-Bundesvorstands.

BIOGRAPHISCHES

In Münster/Westf. wurde ich 1961 geboren und kam 1964 nach Köln. Seitdem war mein Erstwohnsitz nie weiter als 20 Kilometer vom Kölner Dom entfernt.

1981 legte ich mein Abitur am Städtischen Gymnasium in Erftstadt-Lechenich ab. In Köln, Bonn und Bremen studierte ich Politikwissenschaften, Soziologie, Philosophie und politische Ökonomie und schloss das Studium 1990 als Diplom-Sozialwissenschaftler ab.

Seit 1981 wohne ich in der Kölner Südstadt und bin seit 1986 Mitglied der IG Metall.

Ich bin ledig und konfessionslos.

Mein politisches (Berufs-) Leben verlief seit 1980 so:

1981 Abitur am Städtischen Gymnasium in Erftstadt-Lechenich

ab 1981 Studium der Politikologie, Soziologie, Philosophie und der politischen Ökonomie in Köln, Bonn und Bremen und

1990 Abschluss als Diplom-Sozialwissenschaftler

1980 bis 1996 Mitglied der

Jungdemokraten/Junge Linke

1980 bis 1982 Mitglied der FDP

seit 1986 Mitglied der IG Metall

1988 bis 1990 Mitglied der DKP

1990 bis 1994 hauptamtlicher Jugendbildungsreferent und ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer der JungdemokratInnen NRW

1993 bis 2007 Mitglied der PDS

1994 Wahlkampfleiter der PDS -NRW und Direktkandidat bei der Bundestagswahl in Köln

1994 bis 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der PDS-Bundestagsfraktion

2000 PDS-Direktkandidat zur NRW-Landtagswahl in Köln

2002 PDS-Direktkandidat bei der Bundestagswahl in Köln

2003 bis 2005 persönlicher Referent der Berliner Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Dr. Heidi Knake-Werner, zuständig für die Bereiche Soziales und Migration

2005 Direktkandidat der PDS bei der Landtagswahl NRW in Köln

2005 Direktkandidat der Linkspartei bei der Bundestagswahl in Köln

2005 bis 2007 Mitglied der WASG

2005 bis 2009 Leiter des Abgeordnetenbüros von Prof. Dr. Lothar Bisky im Deutschen Bundestag

Juni 2007 Delegierter des Gründungsparteitages der Partei DIE LINKE.

2007 bis 2011 Mitglied und zeitweise Sprecher der Antragsberatungskommission der LINKEN NRW

Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und der BAG Bürgerrechte und Demokratie, Erstunterzeichner der SL-Gründungserklärung »Sozialistische Linke: Realistisch und radikal!«

Seit 2008 Bundesparteitagsdelegierter des Kreisverbandes Köln der LINKEN

2008 bis 2010 Mitarbeit in der AG »Für eine moderne, repressionsfreie, bedarfsdeckende, soziale Mindestsicherung«

September 2009 Wahl in den Deutschen Bundestag, rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Sozia-



les, stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss, stellvertretendes Mitglied in der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« und ordentliches Mitglied in der dortigen Projektgruppe 2 »Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- / Fortschrittsindikators«

September 2013 Wiederwahl in den Deutschen Bundestag, rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, Obmann und ordentliches Mitglied im Aus-



schuss für Arbeit und Soziales, stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss, ordentliches Mitglied im Kuratorium Stiftung Haus der Geschichte, sowie Mitglied im Parlamentskreis Automobiles Kulturgut

Stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Französischen und der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

Mitglied in der Deutsch-Spanisch-Portugiesischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

11. November 2014 Wahl zum Parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

ab September 2017: Wiederwahl in den Deutschen Bundes-

tag, Wahl zum Parlamentarischen Geschäftsführer der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, ordentliches Mitglied, Obmann und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales, ordentliches Mitglied im Kuratorium Stiftung Haus der Geschichte, sowie Mitglied im „Parlamentskreis Automobiles Kulturgut“ und im Parlamentskreis „Närrisches Parlament“. Ich bin ordentliches Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. In der Mitarbeiter:innenkommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages vertrat ich bis 2020 als stellv. Mitglied die Interessen der Beschäftigten des Deutschen Bundestages, seiner Fraktionen und Abgeordneten.

Parlamentarische Aktivitäten



Leistungsdaten der 19. Wahlperiode

- ✓ 444 Tage Arbeitstage am Dienort Berlin
- ✓ 666 Arbeitstage im Wahlkreis Köln, im Betreuungswahlkreis Rhein-Erft, in Nordrhein-Westfalen, im Deutschland, Frankreich und Italien
- ✓ Coronabedingt „nur“ 299 Vorträge und Podiumsdiskussionen zur Renten, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie Teilnahme an politischen Demonstrationen und Solidaritätsaktionen
- ✓ Je eine Delegationsreise nach Italien und in die Niederlande
- ✓ 207 Anträge im Deutschen Bundestag
- ✓ 19 Entschließungsanträge im Deutschen Bundestag
- ✓ Fünf Änderungsanträge im Deutschen Bundestag
- ✓ 284 Kleine Anfragen im Deutschen Bundestag
- ✓ 27 Schriftliche Anfragen im Deutschen Bundestag
- ✓ 14 Zwischenfragen im Plenum des Deutschen Bundestages
- ✓ Eine Frage an die Bundeskanzlerin und vier Fragen an die Bundesregierung
- ✓ Eine Große Anfrage im Deutschen Bundestag
- ✓ 29 Reden im Plenum des Deutschen Bundestages und vier Reden „zu Protokoll“
- ✓ Zwei Kurzinterventionen im Plenum des Deutschen Bundestages
- ✓ 111 Sitzungen des Ausschusses für Arbeit und Soziales
- ✓ 44 Anhörungen des Ausschusses für Arbeit und Soziales
- ✓ 177 Artikel, Interviews, Quotes, Kommentare und Kolumnen in Print, Hörfunk und TV
- ✓ 41 Antworten auf Fragen bei abgeordnetenwatch.de
- ✓ Eine Rentenbroschüre der Bundestagsfraktion DIE LINKE.
- ✓ Unzählige Zwischenrufe, die den gegen Alexander Gauland hart erkämpften Titel des „Zwischenrufkönigs“ einbrachten.



IMPRESSUM

Matthias W. Birkwald MdB

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 227-71215

Telefax: 030 227-76215

E-Mail: matthias-

w.birkwald@bundestag.de

Wahlkreisbüro Köln

Severinswall 37

50678 Köln

Telefon: 0221 53097840

Telefax: 0221 53097855

E-Mail: matthias-

w.birkwald@wk.bundestag.de

Bürger:innenbüro Rhein-Erft-Kreis

Im Spürkergarten 38-40

50374 Erftstadt-Liblar

Telefon: 02235 17039-92

Telefon: 02235 17039-90

E-Mail: matthias-

w.birkwald.wk03@bundestag.de



»Normalerweise sind es die Bundeskanzlerin, ihre Minister oder führende Oppositionspolitiker, die im Bundestag für Aufsehen sorgen, doch an Wierwastelovend war alles anders: Dort waren um 11.11 Uhr alle Blicke auf einen Kölner gerichtet, der zur jecken Uhrzeit das Plenum betrat: **Matthias W. Birkwald**, Kölner Bundestagsabgeordneter der Linken, wies mit seinem Outfit alle Abgeordneten auf den besonderen Tag hin. Birkwald erschien in einem kölschen Traum: ganz in ruut-wieß.«

»Express« am 11.02.2021

